



**Alternative**  
für  
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

**POLIZEI**

Bildquelle: Adobe Stock / © benjaminmole

Innere Sicherheit – Migration – Demokratie – Heimat

# **Innenpolitische Leitlinien**

**des Arbeitskreises Inneres und Heimat  
der AfD-Bundestagsfraktion**

# INHALT

Vorwort	2
Innere Sicherheit	3
Zuwandererkriminalität reduzieren	4
Konsequent gegen Extremismus vorgehen	5
Nulltoleranz für Gewalt gegen Einsatzkräfte	6
Clankriminalität wirksam bekämpfen	7
Migration	9
Grenzen sichern	10
Schengen ändern	11
Ausreisepflicht konsequent durchsetzen	11
Ein Staatsangehörigkeitsrecht in unserem Interesse	12
Vermeidbare Kosten reduzieren	12
Einwanderung in die Arbeitslosigkeit stoppen	13
Heimat	14
Demokratie	15
Öffentlicher Dienst	16
Die Mitglieder des Arbeitskreises Innenpolitik	16
Quellen und Links	17

# VORWORT

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir nehmen den Auftrag ernst, den Sie uns 2017 erteilt haben. Seit drei Jahren bietet unsere Fraktion im Deutschen Bundestag Alternativen zu einer eingefahrenen und nur wenig an der Lösung von Problemen orientierten Innenpolitik an. Ob es um Terrorismus, um Extremismus, Zuwandererkriminalität, Gewalt gegen Einsatzkräfte oder um Clankriminalität geht – diese und eine Vielzahl anderer Themen haben wir im Deutschen Bundestag nachdrücklich und wiederholt zur Sprache gebracht und mit parlamentarischen Anträgen auf realistische Möglichkeiten zur Eindämmung fataler Entwicklungen im Bereich der inneren Sicherheit hingewiesen.

Neben der Sicherheit für das Land und seine Bürger steht mit ihr eng verbunden die Migrationspolitik im Zentrum unserer parlamentarischen Arbeit. Es gilt, die unregelmäßige Masseneinwanderung zu beenden. Dazu müssen unsere Grenzen wieder gesichert werden und Ausreisepflichtige unser Land auch tatsächlich verlassen. Wir brauchen ein Einbürgerungsrecht, das den Interessen unseres Staates entspricht. Einwanderung darf keine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme sein. Die für die Bewältigung der unregelmäßigen Masseneinwanderung notwendigen gewaltigen Summen können und müssen sinnvoller eingesetzt werden. Auch hierzu haben wir als Abgeordnete im Parlament gesprochen und Anträge sowie Gesetzesentwürfe zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wir wollen unsere Heimat bewahren und unsere demokratische Kultur revitalisieren. Im politischen Meinungskampf muss Chancengleichheit herrschen. Die Neutralität des Staates darf zu keinem Zeitpunkt zweifelhaft sein, seine Ressourcen dürfen nicht parteilich eingesetzt werden.

Auf den folgenden Seiten möchten wir Ihnen unsere Arbeit im Deutschen Bundestag vorstellen. Unsere Reden im Plenum des Deutschen Bundestages und unsere parlamentarischen Initiativen sind im Bundestagsarchiv abgelegt und über das Internet für die Öffentlichkeit zugänglich. Die entsprechenden Quellenangaben und ergänzende Hinweise auf weiteres dokumentarisches Material zu Fragen der inneren Sicherheit finden Sie im Anhang dieser Broschüre.

Ihr Arbeitskreis Inneres und Heimat der AfD-Bundestagsfraktion



## INNERE SICHERHEIT

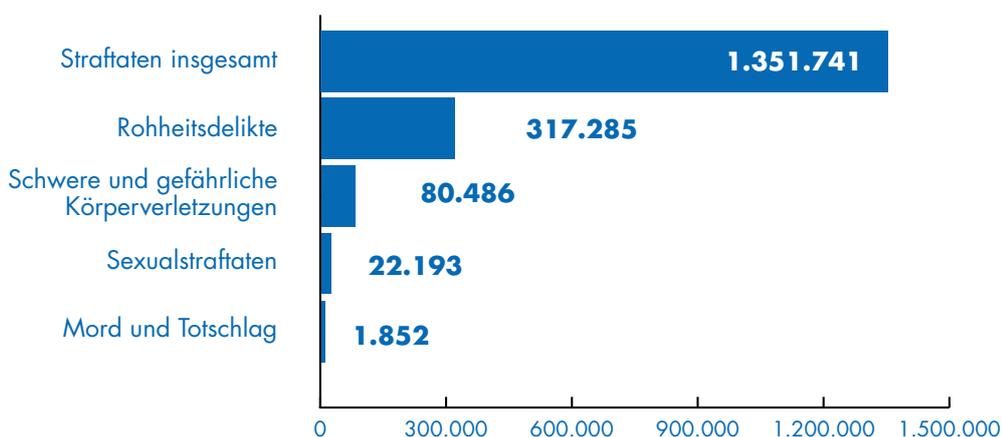
### Terrorismus effektiv bekämpfen

Terroristische Organisationen bekämpfen den demokratischen Rechtsstaat und die freiheitliche Gesellschaft aus politischen, ideologischen oder religiösen Gründen. Sie gehören zu den gefährlichsten Feinden des Staates und der Freiheit und Sicherheit seiner Bürger. In den 70er und 80er Jahren dominierte in unserem Land der Linksterrorismus. Für ihn steht sinnbildlich die „Rote Armee Fraktion“. Ab den 90er Jahren trat dieser in seiner Bedeutung hinter den internationalen und islamistischen Terrorismus zurück, der mit einer unüberschaubaren Vielzahl von Organisationen verbunden ist. Während die Bedrohung der inneren Sicherheit unseres Landes durch den islamistischen Terror mit unverminderter Intensität andau-

ert, erleben wir seit einigen Jahren ein Erstarren des Linksextremismus, insbesondere der sogenannten Antifa, der nun – auch nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden – dabei ist, eine neue Generation von Linksterroristen hervorzubringen. Damit steht unser Staat einer neuartigen, doppelten Herausforderung gegenüber.

Die Gewährleistung der Sicherheit seiner Bürger gehört in unserer Verfassungstradition zu den wichtigsten und vornehmsten Aufgaben des Staates.<sup>1</sup> Der Staat muss die Schutzmacht vor allem derer sein, die sich selbst nicht schützen können! Hierzu müssen ihm die notwendigen Mittel an die Hand gegeben wer-

### FÄLLE VON STRAFTATEN MIT TATVERDÄCHTIGEN ZUWANDERERN (2015-2019)



Quelle: BKA Bundeslagebild (2015-2019) Kriminalität im Kontext von Zuwanderung



<https://youtu.be/Pus0Bfjsu0>

den. Dabei muss die Bekämpfung von Terrorismus im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Ordnung und ihrer Gesetze erfolgen, wobei die verfassungsmäßige Ordnung nicht in ihr Gegenteil verkehrt und als Vorwand für Untätigkeit im Angesicht der Gefahr missbraucht werden darf.

Deutschland braucht daher eine Bundeszuständigkeit für die allgemeine Gefahrenabwehr im Bereich des Terrorismus.<sup>3</sup> Gefährder müssen abgeschoben oder in Gewahrsam genommen werden können. Daten über Gefährder müssen im Schengen-Raum in automatisierter Form ausgetauscht werden. Voraussetzung dafür ist eine einheitliche Gefährder-Definition. Terrorkämpfer müssen an der Rückkehr nach Deutschland gehindert werden können, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit innehaben. Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit für Deutsche mit doppelter Staatsangehörigkeit, die sich an

Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland beteiligen, muss wesentlich konsequenter als bisher umgesetzt werden.<sup>4</sup>

„Nulltoleranz gegenüber linker Gewalt!“<sup>2</sup>

**Martin Hess**

Stellvertretender Sprecher des Arbeitskreises Inneres und Heimat

”

Wir bleiben auf die Kooperation mit befreundeten Geheimdiensten angewiesen, um die Aktivitäten internationaler, insbesondere islamistischer Terrororganisationen in Deutschland überwachen zu können.

## ZUWANDERERKRIMINALITÄT REDUZIEREN

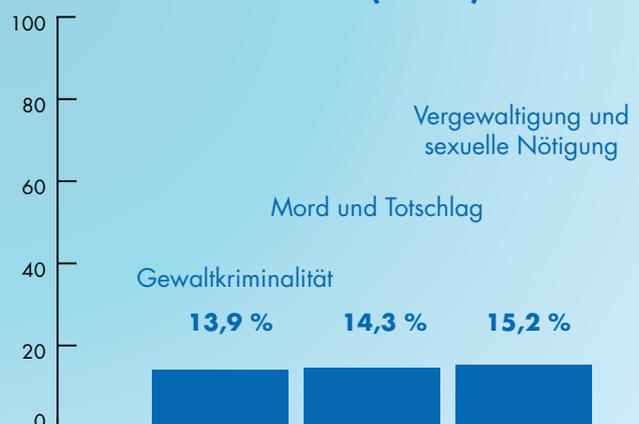
*Asylzuwanderer machen etwa zwei Prozent der Bevölkerung aus, aber circa 14 Prozent der Tatverdächtigen bei Rohheitsdelikten.*

Zu den Absonderlichkeiten der politischen Zustände in unserem Land gehört, dass wir ein hohes Maß an Kriminalität derer zulassen, die zu uns kommen, weil sie angeben, schutzbedürftig zu sein. Dass die Kriminalitätsrate unter Migranten allgemein und unter Asylantragstellern im Besonderen weit über dem Durchschnitt der heimischen Bevölkerung liegt, ist eine statistisch belegte Tatsache<sup>5</sup> – und dass, obwohl vieles getan wird, diese Tatsache zu verschleiern. Das Bundeskriminalamt stellt fest, dass der Überhang insbesondere brutale Angriffe auf Leben und Unversehrtheit betrifft.<sup>6</sup> Dabei spielen seit dem Grenzöffnungsjahr 2015 Messerangriffe eine traurige Hauptrolle.<sup>7</sup>

Die Antwort auf diesen Befund muss klar sein: Die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden müssen bei jeder Straftat die genaue Herkunft des Täters erfassen und diese in ihren Berichten auch nennen. Straffällige Zuwanderer sind konsequent abzuschieben und gegen das Anwachsen der Messerkriminalität müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Hilfreich wäre die Einrichtung einer Ermittlungsgrup-

pe im BKA zur Identitätsfeststellung Staatenloser sowie ein anonymes Hinweissystem für Straftaten. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit sollte restriktiv erfolgen. Da Abschiebungen in einigen Bundesländern nicht selten behindert oder gar verhindert werden, empfiehlt sich für diese Fälle die Einrichtung einer konkurrierenden Zuständigkeit des Bundes.<sup>8</sup>

### ANTEIL VON ZUWANDERERN AN TATVERDÄCHTIGEN INSGESAM (2019)



Quelle: IMK-Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2019. Ausgewählte Zahlen im Überblick, S. 14

# KONSEQUENT GEGEN EXTREMISMUS VORGEHEN

Deutsche Sicherheitskreise registrieren seit Jahren ein Erstarren von Extremismen aller Richtungen. Während sich hinsichtlich der Bekämpfung des Rechtsextremismus ein breiter gesellschaftlicher Konsens gebildet hat, wird gegen islamistischen und linken Extremismus nach wie vor nicht konsequent genug vorgegangen.

„Es leuchtet niemandem ein, dass man seine Staatsbürgerschaft verlieren soll, wenn man zum Beispiel beim ‚Islamischen Staat‘ mitmacht, nicht aber, wenn man sich in Deutschland einer terroristischen Vereinigung anschließt.“

**Dr. Christian Wirth**

Mitglied des Arbeitskreises Inneres und Heimat



Bundestagsdrucksache 19/11127

Insbesondere beim Linksextremismus scheinen große Teile von Politik und Medien auf einem Auge nahezu blind zu sein.<sup>9</sup> Selbst gewalttätigste Ausschreitungen werden als überschießender Aktivismus für im

Grunde gerechtfertigte Anliegen verharmlost. Ein entschlossener Kampf gegen linksextremistische Strukturen bleibt aus. Dies hat zu einem immer stärkeren Anwachsen von Militanz und Gewaltbereitschaft linksextremer Gruppierungen wie zum Beispiel der sogenannten Antifa<sup>11</sup> geführt.<sup>12</sup> Demgegenüber muss einem antiextremistischen Grundkonsens in Politik und Gesellschaft wieder Geltung verschafft werden. Dazu gehört zwingend auch die Ächtung und das Verbot der sogenannten Antifa.<sup>13</sup>

Daneben breiten sich – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – in Deutschland islamistische Strukturen aus. Unterschiedliche Akteure wie Salafisten, al-Qaida, der Islamische Staat, die Hisbollah<sup>14</sup>, die Muslimbruderschaft<sup>15</sup>, die türkische Milli-Görüs-Bewegung oder das aus dem Iran gesteuerte Islamische Zentrum Hamburg e. V. bilden Netzwerke, die bei aller Unterschiedlichkeit eines miteinander gemeinsam haben: Sie wollen unsere freiheitliche demokratische Rechtsordnung beseitigen und durch einen islamischen Gottesstaat ersetzen. Legalistische Gruppierungen wie die Muslimbruderschaft oder Milli Görüs verfolgen hierbei eine langfristige Strategie der „friedlichen Eroberung“, die auf mehrere Generationen angelegt ist. Moscheen, Vereine, Verbände und Bildungsstätten, die dafür bekannt sind, islamistische Ziele zu verfolgen, müssen daher verstärkt beobachtet und – wenn verfassungsfeindliche Bestrebungen festgestellt werden – verboten werden.<sup>16</sup>

## Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

Verbot der Hisbollah

Bundestagsdrucksache 19/10624; 05.06.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/106/1910624.pdf>

Redebeitrag von Beatrix von Storch, MdB

<https://youtu.be/9YO6l8aJ Js>



# NULLTOLERANZ FÜR GEWALT GEGEN EINSATZKRÄFTE

Gewalt gegen Polizeibeamte gehört seit Jahrzehnten zur traurigen Normalität unseres bedrängten Rechtsstaats. Insbesondere für Linksextremisten<sup>17</sup> ist die Polizei der Feind Nummer eins, wie im Januar 2020 wieder der brutale Angriff auf Beamte nach einer Demonstration in Leipzig-Connewitz<sup>18</sup> bestätigt hat. Neben diese politisch motivierte Gewalt tritt seit einigen Jahren verstärkt ein weiteres besorgniserregendes Phänomen: Immer häufiger kommt es zu Angriffen auf Einsatzkräfte im alltäglichen Dienst. Betroffen sind neben Polizeibeamten insbesondere Feuerwehrleute und Rettungskräfte. Dabei werden immer häufiger Messer als Tatmittel eingesetzt, wobei Asylbewerber überproportional häufig in Erscheinung treten.<sup>19</sup> Einen neuen Höhepunkt exzessiver Gewalt gegen Einsatzkräfte markieren die Krawalle im Juni 2020 in Stuttgart.<sup>20</sup>

Die Ursache für das Wuchern dieser Missstände liegt im Zurückweichen des Rechtsstaats. Statt Rechtsverstöße schnell und konsequent zu ahnden, wird – auch aus Angst vor „schlechter Presse“ – auf Befriedung durch Nachgeben gesetzt. Durch die sogenannte Strategie der Deeskalation entstehen immer

weitere rechtsfreie Räume, aus denen heraus immer mehr und intensivere Rechtsverstöße begangen werden. Die Rigaer Straße in Berlin ist zum Synonym dieses Teufelskreises geworden.

New York hat bereits in den 90er Jahren gezeigt, wie dieser Teufelskreis zu durchbrechen ist: Durch eine Strategie der Nulltoleranz! Das Ende des Laissez faire gab ganze Stadtteile einem geordneten bürgerlichen Leben zurück.

Unsere bedrängte Polizei braucht vor allem die Rückendeckung von Politik und Justiz! Hier bedarf es eines Bewusstseinswandels! Die vorhandenen Mittel des Polizei- und Strafrechts müssen konsequent ausgeschöpft und nötigenfalls gesetzgeberisch ergänzt<sup>21</sup>, Angriffe auf Einsatzkräfte und Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte zu zwingenden Ausweisungsgründen für Asylbewerber werden. Unsere Polizisten und Polizistinnen verdienen eine den gewandelten Einsatzbedingungen entsprechende Ausbildung und eine Ausrüstung, die den höchsten technischen Standards genügt.

## Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

Verstärktes Vorgehen gegen Linksextremismus zum Schutz der Demokratie  
Bundestagsdrucksache 19/7040; 16.01.2019  
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/070/1907040.pdf>

## Redebeitrag von Martin Hess, MdB

<https://dbtg.tv/fvid/7317996>



# CLANKRIMINALITÄT WIRKSAM BEKÄMPFEN

Kriminelle Clans stellen eine qualitativ neuartige Bedrohung der inneren Sicherheit dar.<sup>22</sup> Sie sind als Zuspitzung des Problems der Herausbildung von Parallelgesellschaften zu verstehen. Charakteristisch ist das Abstecken von Territorien, in denen Schutzgelderpressung, Menschenhandel, Zwangsprostitution sowie Drogen- und Waffenhandel monopolisiert werden.<sup>23</sup>

Die Dominanz innerhalb des reklamierten Territoriums wird durch Gewaltdelikte aller Art – bis hin zum Mord – durchgesetzt. Die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung und ihres Rechts findet nur noch eingeschränkt statt, sie wird weitgehend durch eine Art Stammesrecht ersetzt. Damit ist klar: Clankriminalität stellt das Gewaltmonopol des Staates in Frage – sie ist ein Symptom des Zurückweichens des Rechtsstaats.<sup>24</sup> Dies äußert sich auch direkt in der Einschüchterung von Polizeibeamten, Behördenmitarbeitern, Richtern und Zeugen, die nicht selten massiv bedroht werden.

Während das Personenpotenzial der Clans deutschlandweit mittlerweile auf 200.000 geschätzt wird, schaut die Politik seit 20 Jahren mehrheitlich weg.<sup>26</sup>

Teile der politischen Linken üben sich in Verharmlosung.<sup>27</sup> Was wir brauchen, ist eine umfassende Er-

„Für kriminelle Migranten ist es das beste Deutschland aller Zeiten!“<sup>25</sup>

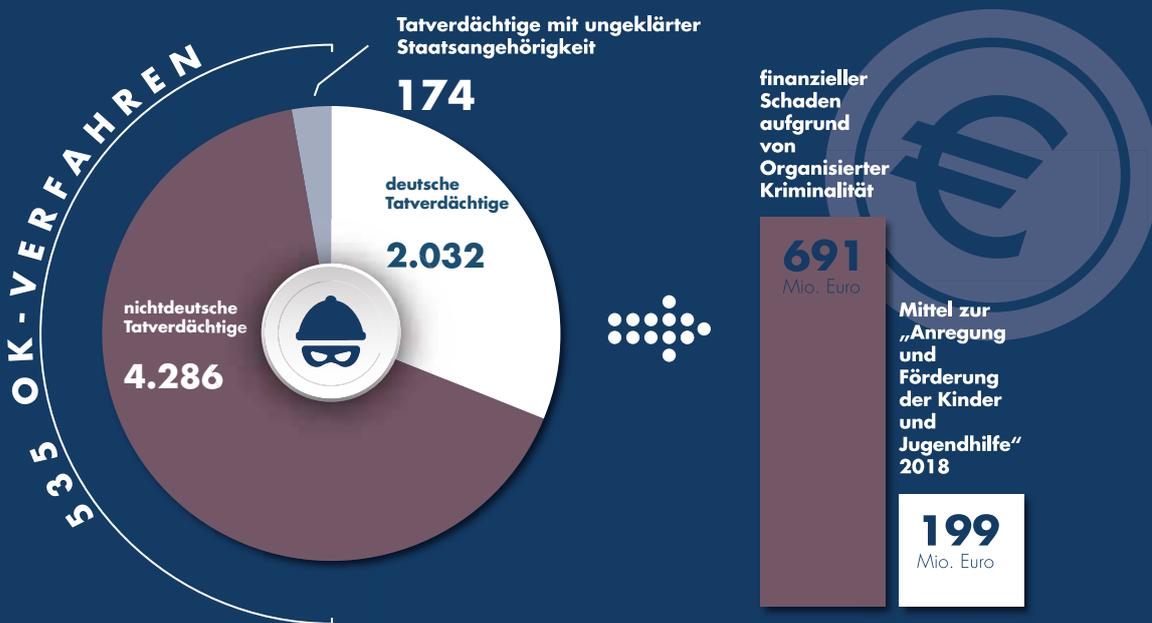
**Dr. Bernd Baumann**

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion  
Mitglied des Arbeitskreises Inneres und Heimat



tüchtigung des Rechtsstaats: Behörden, Polizeien, Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen so ausgestattet werden, dass die Reaktion auf Verstöße und Straftaten unmittelbar und hart erfolgt.<sup>28</sup> Erforderlichenfalls müssen dafür auch Gesetze an die gewandelte Bedrohungslage angepasst werden. Die Reaktion des Staates darf aber nicht auf diesen Bereich beschränkt bleiben: Es muss auf allen Ebenen reagiert werden, auch im Ausländer- und Sozialrecht. Die Strategie kann nur einen Namen haben: Nulltoleranz!

## TATVERDÄCHTIGE IN UND FINANZIELLER SCHADEN DURCH VERFAHREN GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT 2018



Quelle: BKA: Organisierte Kriminalität, Bundeslagebild 2018; Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018, S. 11



**Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:**

Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Clanfamilien zum Schutz von Bürgern und Rechtsstaat

Bundestagsdrucksache 19/11121; 25.06.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/111/191121.pdf>

**Redebeitrag von Dr. Bernd Baumann, MdB:**

[https://youtu.be/Y8\\_9Kct-RBM](https://youtu.be/Y8_9Kct-RBM)



# MIGRATION

## Den Magneten abstellen

Deutschland leidet unter einer Masseneinwanderung zu vieler nur schwer oder gar nicht integrierbarer Menschen. Die Gründe für fehlende Integrationsfähigkeit sind vielfältig. Sie können persönlichen, politischen oder kulturellen Ursprungs sein. Tatsache ist, dass die Vielzahl der problematischen Fälle Deutschland überfordert.<sup>29</sup>

Grundursache der ungesteuerten Masseneinwanderung sind auch die sozialen Leistungen, die jeden Asylbewerber hier auf Jahre erwarten, mag das Nichtvorliegen eines anerkannten Fluchtgrundes auch noch so offensichtlich sein.<sup>30</sup>

Den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Sozialleistungen und Zuwanderung hat unlängst eine Studie der Universität Princeton über die Migrationspolitik in Dänemark erwiesen: Als im Jahre 2002 Umfang und Höhe der Sozialleistungen für Migranten reduziert wurden, ging auch die Nettoeinwanderung deutlich zurück. Die Aufhebung der Kürzungen im Zeitraum 2012 bis 2015 führte zu einem unmittelbaren

Anwachsen der Zuwanderung. Demgegenüber führt die Verringerung der Sozialleistungen nicht nur zu geringerem Zuzug, sondern auch zum Wegzug von Migranten.<sup>32</sup>

„Multikulti ist die Lebenslüge der Altparteienpolitiker“<sup>31</sup>

**Dr. Gottfried Curio**

Innenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion



Niemand wird den Dänen vorwerfen, ihr Land sei kein Rechtsstaat, in ihm würden die Menschenrechte nicht geachtet. Wenn die Dänen es schaffen, unerwünschte Migration zu unterbinden, dann können wir es auch. Aber wollen das die Bundesregierung und insbesondere die CDU und CSU eigentlich noch? Angesichts ihrer fehlgeleiteten migrationspolitischen Tatkraft bezweifeln wir das.

### JÄHRLICHE GESAMTKOSTEN DER MIGRATION



Kieler Institut für Wirtschaftsforschung

Institut der Deutschen Wirtschaft

Quelle: Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel); Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

# GRENZEN SICHERN

Tatsache ist, dass sich die Masseneinwanderung nicht nur ungeregelt vollzieht, sondern dass sie in weiten Teilen auf illegalen Grenzübertritten beruht. Besonders deutlich wurde das 2015 im Rahmen der sogenannten Flüchtlingskrise. Aber auch heute werden Einreisewillige selbst dann nicht zurückgewiesen, wenn sie keine Pässe – geschweige denn gültige Einreisevisa – vorweisen können. Es reicht, bei der Grenzkontrolle das Wort „Asyl“ auszusprechen und die Einreise wird gestattet.

„Deutschland steht vor der größten Rezession in seiner Geschichte. Einwanderung in unser Sozialsystem können wir uns nicht mehr leisten.“<sup>34</sup>

**Beatrix von Storch**

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion

”

Dabei ist Deutschland für die Verfahren aller auf dem Landweg hierher kommenden Asylbewerber aufgrund des Dublin-III-Übereinkommens der EU gar nicht zuständig. Eine Zurückweisung an den Landgrenzen wäre daher rechtlich ohne Weiteres möglich, wie auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Urteil vom 13. Februar 2020

entschieden hat.<sup>33</sup> Tatsächlich werden aber lediglich solche Personen von der Bundespolizei auf Weisung des Bundesinnenministeriums an der Grenze zu Österreich zurückgewiesen, gegen die eine Wiedereinreiseperrre verhängt worden ist. Es handelt sich dabei in der Regel um Personen, die in Deutschland ein jahrelanges Asylverfahren durchlaufen haben und die schließlich abgelehnt worden sind.

Diese Zustände sind unhaltbar!<sup>35</sup> Die Bundesgrenze muss von der Bundespolizei wieder möglichst lückenlos gesichert und jeder entdeckte Versuch illegaler Einreise zurückgewiesen werden. Die Sicherung der Binnengrenzen Deutschlands ist mehr denn je erforderlich, nachdem der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan aufgrund der Öffnung der türkischen Grenze zur EU am 29.02.2020 Massenströme nach Europa auslöste.<sup>36</sup> Nicht nur die Begrenzung der unregelmässigen Masseneinwanderung erfordert dies, sondern auch der Schutz von Staat und Gesellschaft gegen das Einsickern von Terroristen, Kriminellen und Gefährdern.

Wirkungslos bleiben Grenzkontrollen jedoch gegen die Einwanderung in unser Sozialsystem im Rahmen der Freizügigkeit innerhalb der EU. Neben den vielen willkommenen, hier arbeitenden, Steuern zahlenden und sich problemlos integrierenden Menschen aus anderen EU-Staaten gibt es leider auch diese Gruppe. Auch hier hilft nur: Den Magneten abstellen!<sup>37</sup>

## Unsere zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachten Anträge:

Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend offenlegen  
Bundestagsdrucksache 19/16488; 14.01.2020  
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/164/1916488.pdf>

Grenzen sichern  
Bundestagsdrucksache 19/17780; 11.03.2020  
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/177/1917780.pdf>



Redebeitrag von  
**Dr. Gottfried Curio, MdB**

<https://youtu.be/DvxMo7A83wE>



Redebeitrag von  
**Dr. Gottfried Curio, MdB**

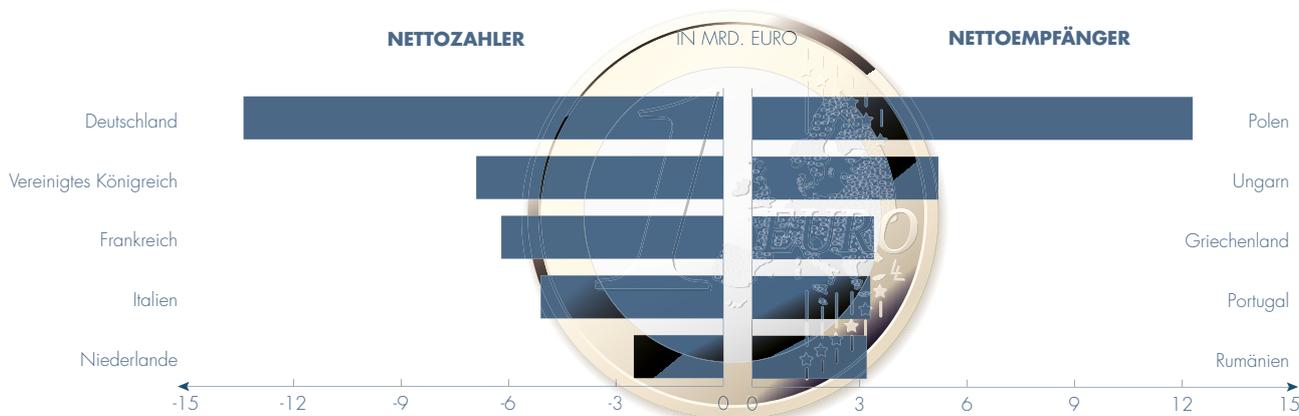
<https://youtu.be/0U0MhpAU4ks>

# SCHENGEN ÄNDERN

Die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat angeordneten und von der Bundespolizei durchgeführten Grenzkontrollen in der Tiefe des Raums – die sogenannte Schleierfahndung – wird zurzeit aufgrund von Ausnahmegesetzen im Schengen-Recht durchgeführt. Auch das ist auf Dauer unhaltbar. Das Schengen-Recht muss so angepasst werden, dass sich der Reiseverkehr unbescholtener Bürger zwar möglichst unbehelligt vollziehen kann, die Nationalstaaten aber jederzeit das Recht haben, ihre Grenzen den

aktuellen Sicherheitserfordernissen entsprechend zu kontrollieren.<sup>38</sup> Nur so können die Schengen-Außengrenzen von dem auf ihnen lastenden Druck befreit werden. Deutschland als Haupt-Finanzier der EU muss sich entsprechend positionieren und die notwendigen rechtlichen Änderungen entschieden anstoßen<sup>39</sup>, die zahlreiche Mitgliedstaaten befürworten würden. Dadurch ließe sich dann auch die Isolation Deutschlands innerhalb der EU überwinden.<sup>40</sup>

## NETTOZAHLER UND NETTOEMPFÄNGER IN DER EU



Quelle: bpb.de  
abgerufen am 18.06.2019 10:31 Uhr unter https://www.bpb.de/nachhaltigen/sozialwissenschaften/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger

## AUSREISEPFLICHT KONSEQUENT DURCHSETZEN

In Deutschland leben zurzeit 240.000 ausreisepflichtige Ausländer<sup>41</sup>, darunter Kriminelle und Gefährder. Anis Amri, der Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, war einer von ihnen. Dem stehen 23.000 im Jahr 2018 tatsächlich abgeschobene Ausländer gegenüber.<sup>42</sup> Teil des Problems ist auch die anhaltende Weigerung einiger Bundesländer, Abschiebun-

gen überhaupt vorzunehmen. Diese Kapitulation des Rechtsstaats darf der Bund nicht hinnehmen. Praktische Abschiebungshindernisse müssen beseitigt, nicht rechtstreue Bundesländer mit allen Mittel des Bundesrechts zu einem rechtskonformen Verhalten angehalten werden.<sup>43</sup>



## EIN STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT IN UNSEREM INTERESSE

Deutschland leistet sich ein Einbürgerungsrecht, das einen Anspruch auf Einbürgerung sogar Antragstellern mit krimineller oder verfassungsfeindlicher Vergangenheit gewährt. Auch wer den Lebensunterhalt für sich und seine Familie nicht selbst bestreitet, kann einen Anspruch auf Einbürgerung haben. Hinzu kommen die in das Ermessen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gestellten Einbürgerungen unter noch einmal erleichterten Voraussetzungen. Im Ergebnis bürgert Deutschland im Jahr rund 100.000<sup>44</sup> Menschen ein, von denen viele nur schlecht Deutsch sprechen und schwach integriert sind. Zugleich verlassen jedes Jahr rund 100.000 Deutsche unser

Land. Ebenso so hoch ist die Anzahl der in Deutschland jedes Jahr durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche.

Wir brauchen wieder ein Staatsangehörigkeitsrecht, das in erster Linie den Interessen Deutschlands und nicht denen der Einwanderer dient. Wer Staatsbürger werden will, muss einen Gewinn für das Gemeinwesen darstellen, keine Last.<sup>45</sup> Die Möglichkeit der Doppelstaatigkeit hier geborener Migranten muss aufgehoben werden. Wer auf Dauer zu uns gehören will, der muss sich eindeutig für uns entscheiden!<sup>46</sup>

## VERMEIDBARE KOSTEN REDUZIEREN

Für die Jahre 2018 und 2019 gibt das Bundesministerium der Finanzen die „flüchtlingsbezogenen Belastungen“ allein des Bundeshaushalts mit jeweils rund 23 Milliarden Euro an. Die Summe für die Jahre 2016 bis 2019 liegt bei insgesamt rund 87 Milliarden Euro.<sup>47</sup> Zum Vergleich: Der größte Investitionshaushalt ist der des Bundesverkehrsministers. Für die Verkehrswege in Deutschland stehen im Haushalt 2020 knapp 18 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir geben im Jahr fünf Milliarden Euro mehr für die Bewältigung der ungesteuerten Masseneinwanderung als für den Erhalt unserer Verkehrswege aus, die die Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands bilden.

Damit nicht genug: Die Länder beklagen sich, dass der Bundeszuschuss, der die Hälfte ihrer migrationsbezogenen Kosten abdecken soll, tatsächlich nur zwischen 20 und 25 Prozent der Ausgaben trägt. Wenn also der Bundeszuschuss im Jahr bei knapp

sieben Milliarden Euro liegt, so kommen in den Ländern mindestens noch einmal 20 Milliarden Euro im Jahr hinzu. Zusammen mit den vom Bund getragenen Kosten kommt man so zu einer jährlichen Belastung von mindestens 43 Milliarden Euro – eine astronomische Summe!<sup>48</sup>

Hinzu kommen die statistisch nicht erfassten mittelbaren Kosten der Masseneinwanderung: Mehrkosten für Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Schulen, Polizei, Justiz, Verwaltung und anderes. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass das Institut der Deutschen Wirtschaft die jährlichen Gesamtkosten der Migration auf 50 Milliarden und das Kieler Institut für Wirtschaftsforschung auf bis zu 55 Milliarden Euro<sup>49</sup> schätzt.<sup>50</sup> Wir haben es in der Hand, diese Kosten zu vermeiden und das eingesparte Geld stattdessen zu unser aller Wohl in unser Gemeinwesen zu investieren.





Bildquelle: stock.adobe.com / © bluedesign

## EINWANDERUNG IN DIE ARBEITSLOSIGKEIT STOPPEN

Könnte es aber vielleicht sein, dass die Kosten der Migration zwar gewaltig sind, aber auch eine lohnende Investition in unsere Zukunft darstellen? Leider nein! Der Beitrag der Migranten zur wirtschaftlichen Stärke Deutschlands ist weit unterdurchschnittlich. Mehr als 70 Prozent aller Arbeitslosen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund.<sup>51</sup> Der Anteil an den Beziehern von Hartz IV aus nicht europäischen Herkunftsländern betrug im Jahr 2019 rund 18 Prozent.<sup>52</sup> 2016 hatten 39 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund keinen Berufsabschluss.<sup>53</sup> „Insgesamt sind

Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund geringer qualifiziert und schlechter in den Arbeitsmarkt integriert“, so die Bundeszentrale für politische Bildung in ihrer Auswertung des Mikrozensus von 2016.<sup>54</sup> Zugleich aber wird der Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung und Automatisierung von Arbeitsprozessen weiter zurückgehen. Die Einwanderung Geringqualifizierter ist schon heute in vielen Fällen eine Einwanderung in die Arbeitslosigkeit.<sup>55</sup>



Bildquelle: stock.adobe.com / © route55

# HEIMAT

## *Leben in Frieden und Einheit mit sich selbst*

Heimat ist da, wo der Mensch unmittelbar versteht, was vor sich geht, weil er ein Teil davon ist. Heimat ist das Gegenteil von Fremdheit und befremdet sein. Heimat bedeutet Zugehörigkeit. Heimat ist da verloren gegangen, wo man sich fremd im eigenen Land fühlt.

Wenn man sich als Bürger dieses Landes fragt, an welchen Orten und in welchen Situationen man sich im eigenen Land fremd oder gar bedroht fühlt, dann wird schnell deutlich, wie weit der Verlust unserer Heimat bereits vorangeschritten ist und was getan werden muss, um unsere Heimat zu bewahren oder zurückzugewinnen. Der Begriff der „Parallelgesellschaft“ steht für einen wichtigen Aspekt dieser Problematik. Einen weiteren Aspekt stellt die negative Gegen- und Subkultur der Linken dar. Sie hat eine Dominanz errungen, die sich auf allen Feldern der Politik und Gesellschaft geltend macht.

Die Bewahrung und Rückgewinnung von Heimat wird uns nicht gelingen, wenn wir als Deutsche nicht zu einem positiven Verhältnis zu dem finden, was unsere Heimat geschichtlich geprägt hat. Dazu gehört vor allem der christliche Glaube. Daher sehen

wir die Christenfeindlichkeit in unserem Land mit tiefer Sorge. Sie zeigt sich auch in der fehlenden Solidarität unserer Außenpolitik mit den Leiden der verfolgten und bedrängten Christen in aller Welt.<sup>56</sup> Zu unserer Identität gehört aber auch die über tausendjährige Staatlichkeit Deutschlands, auch wenn diese Wandlungen unterworfen war. Der von linker Seite forcierten pauschalen Verdammung unserer Geschichte vor 1918 stellt sich die AfD-Bundestagsfraktion entgegen. Es ist daran zu erinnern, dass die schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus gerade nicht in diese Zeit fallen.

Die Bewahrung und Rückgewinnung von Identität und Heimat ist eine Aufgabe, die sich auf allen Politikfeldern stellt. Die Heimatabteilung im Bundesinnenministerium, eine Einrichtung ohne nennenswerte Kompetenz, dient der Bundesregierung lediglich als Alibi für heimatpolitische Untätigkeit. Ohne sichtbares und glaubwürdiges Umdenken in allen Belangen, die Heimat ausmachen, gibt es keine Heimatpolitik, die diesen Namen verdient. Von einem solchen Umdenken ist vor allem die Bundeskanzlerin weiter entfernt denn je.



# DEMOKRATIE

## Mehr direkte Demokratie wagen

Obwohl gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und „vom Volke in Wahlen und Abstimmungen“ ausgeübt werden soll, vollzieht sich die Ausübung der ursprünglichen Souveränitätsrechte des Volkes im Bund tatsächlich allein durch die Wahlen zum Deutschen Bundestag. Die im Grundgesetz erwähnten Abstimmungen finden faktisch nicht statt. Dies führt dazu, dass die Parteien, denen Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes lediglich eine „Mitwirkung“ bei der politischen Willensbildung des Volkes garantiert, diese politische Willensbildung in Wahrheit bei sich monopolisieren.<sup>57</sup>

Dies wäre weniger problematisch, wenn die Parteien den politischen Willen des Volkes tatsächlich aufnehmen<sup>58</sup> und ihm Wirkung verschaffen würden. Die Fähigkeit oder die Bereitschaft dazu hat aber über die vergangenen Jahrzehnte hinweg kontinuierlich abgenommen. Im Ergebnis wurden tiefgreifende Entscheidungen getroffen, die in weiten Teilen des Volkes keinen Rückhalt fanden. Beispiele hierfür sind die Einführung des Euro oder die Hinnahme einer unregulierten und vielfach illegalen Masseneinwanderung über Jahrzehnte hin.<sup>59</sup>

Resignation einerseits, aber auch zunehmender Protest andererseits stellen Reaktionen auf eine Wirklichkeit repräsentativer Demokratie dar, in der der politische Wille des Volkes tatsächlich immer weniger

repräsentiert wird. Diese schwelende Krise unserer Demokratie entweder zu leugnen oder zu ignorieren, ist zu einem Signum der Altparteien geworden.<sup>60</sup>

„Die Politiker sehen das Volk nicht mehr als den Souverän, sondern als Problem an – die Bürger als Kleinkinder, die einfach nicht verstehen wollen, was gut für sie ist. So funktioniert Demokratie aber nicht.“

**Jochen Haug**

Stellvertretender Vorsitzender im Bundestagsausschuss für Inneres, Bau und Heimat

”

Angesichts dieser Krise bedarf es dringend einer Revitalisierung unserer Demokratie. Dafür brauchen wir vor allem einen Bewusstseinswandel. Es muss wieder klar sein, dass Demokratie Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk bedeutet.<sup>61</sup> In diesem Sinne kann die Einfügung von Elementen direkter Demokratie<sup>62</sup> in unser bestehendes repräsentatives System einen Beitrag zur Überwindung der Krise leisten.



# ÖFFENTLICHER DIENST

## *Die Neutralität des Staates stärken*

Bald 30 Jahre ist es her, dass ein Bundespräsident – es war Richard von Weizsäcker – dem politischen System der Bundesrepublik bescheinigte, die Parteien hätten sich den Staat zur Beute gemacht.<sup>63</sup> Heute wäre eine solche Kritik von Seiten des Staatsoberhauptes undenkbar. Dabei ist das Problem offensichtlich. Es schlägt sich vor allem in der Ämterpatronage<sup>64</sup> der Altparteien nieder. Die Antwort darauf darf nicht etwa die Forderung nach Zerschlagung

des Berufsbeamtentums lauten. Das Beamtentum ist an sich eine wertvolle Errungenschaft der deutschen Staatstradition, auf der die Stabilität und der Erfolg unserer Staatlichkeit zu einem nicht geringen Anteil beruht. Es muss darum gehen, die Neutralität und Unabhängigkeit des Beamtentums zu stärken. Leistungs- und Laufbahnprinzip müssen wieder zu den entscheidenden Faktoren bei Einstellung und Beförderung werden.

## DIE MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES INNERES UND HEIMAT



Beatrix von Storch, Dr. Christian Wirth, Dr. Gottfried Curio, Dr. Bernd Baumann, Martin Hess, Jochen Haug (v.l.n.r.)

# QUELLEN UND LINKS

1. Rede von Dr. Christian Wirth, siehe <https://youtu.be/PusO-Bjlsu0>
2. <http://www.martinhess-afd.de/de/positionen/linksextremismus>
3. Steigende Anhängerzahl in „Salafistischen Gruppierungen“: 11.500 Personen (Stand: März 2019) (2017: 10.800, 2016: 9.700, 2015: 8.350; 2014: 7.000; siehe <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/was-ist-islamismus/salafismus-in-deutschland>).
4. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutscher-pass-kann-aberkannt-werden-1596980>, Staatsangehörigkeitsgesetz in der Fassung vom 20.11.2019
5. Siehe <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderung2020.html?nn=62336>; S. 3 und 4. Bayrische Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2020: Anstieg der Anzahl nichtdeutscher Tatverdächtiger von 65.395 in 2010 auf 92.246 in 2020; 71 jugendliche Intensivtäter: Diebstahl, Raub, Drogendelikte, Körperverletzung und Vergewaltigung – 2.814 aktenkundige Straftaten; <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/alexander-wallasch-heute/polizeiliche-kriminalitaetsstatistiken-pks-2019-straftaten-von-zugewanderten-besorgniserregend-hoch/>.
6. [https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung\\_node.html](https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung_node.html)
7. Reden von Dr. Curio, siehe <https://www.afdbundestag.de/curio-auf-der-strasse-herrscht-das-recht-der-messer-afd-fraktion-im-bundestag/>. Antrag der AfD-Bundestagsfraktion: Erfassung von Straftaten unter Zuhilfenahme des Tatmittels Messer in der Polizeilichen Kriminalstatistik; Bundestagsdrucksache 19/2731. Kleine Anfrage: Auswertung der Kontrollen zum Messerverbot am Hamburger Hauptbahnhof; Bundestagsdrucksache 19/6332; siehe <http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/19/063/1906332.pdf>.
8. Reden von Dr. Curio zur 1. Lesung des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, Bundestagsdrucksache 19/10047. Dr. Bernd Baumann zur 2. und 3. Lesung des Parlaments; siehe <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw20-de-ausreisepflicht-641590>.
9. Rede von Beatrix von Storch: Antisemitismus und Terror kommen hauptsächlich von Links; siehe <https://www.youtube.com/watch?v=gZjsjTPQhmw>.
10. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article123609513/Dieser-linke-Aktivismus-ist-kriminell.html>.
11. Die Zahl der Linksextremen stieg im Jahr 2019 auf 33.500, davon sind 9.000 Personen gewaltbereit; siehe <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/zahlen-und-fakten-linksextremismus/linksextremistisches-personenpotenzial-2019>
12. Anfang 2020 warnte daher selbst der Präsident des Verfassungsschutzamtes im rot-grün regierten Hamburg vor einem sich abzeichnenden neuen Linksterrorismus; siehe <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Verfassungsschutzchef-warnt-vor-Linksterrorismus,linksextremismus120.html>.
13. Antrag der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Hess: „Antiextremistischer Grundkonsens in Politik und Gesellschaft – Rechtsstaat und Demokratie schützen - Antifa ächten“; Drucksache 19/13521. Rede von Martin Hess: <https://www.youtube.com/watch?v=28oB9BRHujw>.
14. Antrag der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch: „Verbot der Hisbollah“; Drucksache 19/10624. Rede von Beatrix von Storch: [https://www.youtube.com/watch?v=\\_XW11ZwuqUM](https://www.youtube.com/watch?v=_XW11ZwuqUM). Antrag der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, Betätigungsverbot gegen Hisbollah; Bundestagsdrucksache 19/16050.
15. Muslimbruderschaft in Deutschland 2017: circa 1.040 Anhänger; siehe [https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/PDF/2019\\_Aktuell/Verfassungsschutzbericht\\_BW\\_2018.pdf](https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/PDF/2019_Aktuell/Verfassungsschutzbericht_BW_2018.pdf), S. 57. Nahezu Verdreifachung der Zahl der Salafisten in Deutschland seit 2011, 2018: rund 11.300 Salafisten; siehe Verfassungsschutzbericht 2018 S. 193, <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2018.pdf>. „Milli Görüs“-Bewegung und zugeordnete Vereinigungen 2018: 10.000 Anhänger.
16. Insbesondere auch die vom türkischen Staat gelenkte und finanzierte DITIB, die über ihre Kölner Zentrale bundesweit etwa 900 Moscheen koordiniert und die in der Vergangenheit durch Spionagetätigkeit ihrer Imame und die Verbreitung von Jugendcomics zur Verherrlichung des Märtyrertodes aufgefallen ist, muss endlich vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Siehe <https://www.domradio.de/themen/islam-und-kirche/2018-11-08/verfassungsschutz-zur-tuerkisch-islamischen-ditib>. Antrag der AfD Bundestagsfraktion: Verstärktes und effektiveres Vorgehen gegen die Ausbreitung des Islamismus in Deutschland; Bundestagsdrucksache 19/17126; Rede von Martin Hess: <https://www.youtube.com/watch?v=wZgmckMwIII>.
17. Antrag der AfD-Bundestagsfraktion: Verstärktes Vorgehen gegen Linksextremismus zum Schutz der Demokratie; Bundestagsdrucksache 19/7040. Rede von Martin Hess: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw03-de-linksextremismus-587350>.
18. Siehe <https://www.mdr.de/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/ticker-demo-kundgebung-connewitz-indymedia-100.html>.
19. Siehe [https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/publikationen/20190322\\_Sicherheitsbericht\\_2018.pdf](https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/publikationen/20190322_Sicherheitsbericht_2018.pdf), S. 39.
20. Siehe <https://www.tagesschau.de/inland/stuttgart-ausschreitungen-105.html>.
21. Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag, 16.01.2020, Rede von Martin Hess; siehe <https://www.ardmediathek.de/ard/player/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLTVkO-TUzNGjJlWU3ZWYiNDA2MC1hMzE3LTJkNjMwNDJlNzdhOA/deutscher-bundestag-aktuelle-stunde-schutz-von-kommunalpolitikern-polizei-und-rettungskraeften>.
22. Rede von Dr. Bernd Baumann: <https://www.youtube.com/watch?v=xaMuPyLCOSE>.
23. Antrag AfD-Bundestagsfraktion, Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Clanfamilien zum Schutz von Bürgern und Rechtsstaat; Bundestagsdrucksache 19/11121; Rede von Dr. Bernd Baumann: [https://youtu.be/Y8\\_9Kct-RBM](https://youtu.be/Y8_9Kct-RBM).
24. 2018: 573 Ermittlungsverfahren gegen Organisierte Kriminalität (OK), 6.483 Tatverdächtige, 691 Millionen Euro Schäden, BMI Lagebericht 2018; siehe [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/ok-lagebild.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/ok-lagebild.pdf?__blob=publicationFile&v=2)
25. Siehe <https://www.facebook.com/Dr.Bernd.Baumann>.
26. Siehe <https://www.bdk.de/der-bdk/wer-wir-sind/positionen/2019-04-29-bdk-positionspapier-clankriminalitaet.pdf/view>.
27. Rede von Dr. Bernd Baumann zu arabischen Clans <https://www.youtube.com/watch?v=xaMuPyLCOSE> ; siehe ferner <https://www.morgenpost.de/berlin/article227521569/Clans-in-Berlin-Linke-haelt-Begriff-Clan-Kriminalitaet-fuer-stigmatisierend.html> und <https://www.waz.de/staedte/essen/essener-gruenen-poliitiker-agierte-wie-ein-lobbyist-der-clans-id215790641.html>.
28. Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag, 08.11.2019, Rede von Dr. Bernd Baumann: <https://www.youtube.com/watch?v=xaMuPyLCOSE>.
29. Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion, Jochen Haug: Der Einfluss von Sozialleistungen auf Migrationsentscheidungen, Bundestagsdrucksache 19/17316. 2018 hatten rund 20,8 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund, das heißt jeder vierte Einwohner; siehe [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilunggen/2019/08/PD19\\_314\\_12511.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilunggen/2019/08/PD19_314_12511.html).

30. Antrag der AfD-Bundestagsfraktion: Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend offenlegen; Bundestagsdrucksache 19/16488. Rede von Dr. Curio: <https://youtu.be/DvxMo7A83wE>. Die AfD-Bundestagsfraktion hat eine Große Anfrage an die Bundesregierung gerichtet und um die genaue Bezifferung der Migrationskosten gebeten; siehe Bundestagsdrucksache 19/11733. Die Antwort steht noch aus.
31. Siehe <https://www.facebook.com/GottfriedCurio.AfD/photos/pb.265344823886953.-2207520000/935261293561966/?type=3&theater>.
32. Siehe <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/alexander-wallasch-heute/studie-bestaetigt-hoesozialleistunghe-der-sozialleistung-bestimmt-zu-wanderung/> und [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3488954](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3488954).
33. Siehe ECHR 063 (2020) vom 13.02.2020 <https://www.tagesschau.de/ausland/egmr-abschiebepraxis-spanien-101.html>.
34. Siehe <https://de-de.facebook.com/afdimbundestag/videos/254784212299550/UzpfSTU0OTc5NjMyODM5NTE1MDozODk0NDMyMjkzOTMxNTIw/>.
35. Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Mitwirkung der Bundesregierung an der Ausarbeitung des endgültigen Entwurfs des „Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“; Bundestagsdrucksache 19/6662. Siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD Bundestagsfraktion: Bundesweite Grenzkontrollen; Bundestagsdrucksache 19/11488. Ferner die Rede von Martin Hess: [https://fi-fi.facebook.com/Martin.Hess.AfD/videos/martin-hess-effektive-grenzkontrollen-sofort/1703937006319931/?video\\_source=permalink](https://fi-fi.facebook.com/Martin.Hess.AfD/videos/martin-hess-effektive-grenzkontrollen-sofort/1703937006319931/?video_source=permalink).
36. Antrag der AfD-Bundestagsfraktion: Grenzen sichern; Bundestagsdrucksache 19/17780; <https://www.bundestag.de/dokumente/text-archiv/2020/kw11-de-grenzsicherung-686420>. Die Rede von Dr. Curio : <https://youtu.be/OUOMhpAU4ks>.
37. Beatrix von Storch zur Sofortabschiebung illegaler Immigranten, EGMR Urteil, siehe <https://www.afd.de/beatrix-von-storch-nach-dem-urteil-des-egmr-koennen-illegale-migranten-sofort-abgeschoben-werden/>.
38. Dr. Curio zur Entscheidung des Innenministers Horst Seehofer: Aufnahme 25 Prozent der auf Malta befindlichen Migranten in Deutschland, siehe <https://www.presseportal.de/pm/130241/4383844>.
39. Größter Nettozahler ist Deutschland: 2018: 13,4 Milliarden Euro; siehe <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger>.
40. Beatrix von Storch, Sendung aus dem Bundestag, 18.11.2019; unter <https://www.youtube.com/watch?v=c0j1aZBbaas>.
41. [https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/neueste-zahlen-aus-dem-bamf-erstmals-mehr-als-250-000-ausreisepflichtige-zahl-der-abschiebekandidaten-auf-rekordhoch\\_id\\_11754700.html](https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/neueste-zahlen-aus-dem-bamf-erstmals-mehr-als-250-000-ausreisepflichtige-zahl-der-abschiebekandidaten-auf-rekordhoch_id_11754700.html) .
42. Siehe <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/451861/umfrage/abschiebungen-aus-deutschland/>.
43. Die Rede Dr. Bernd Baumann zum Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“; Bundestagsdrucksache 19/10706; siehe auch <https://www.youtube.com/watch?v=ri3Oi9lrDqI>.
44. Siehe [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/einbuengerungen-2010210187004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/einbuengerungen-2010210187004.pdf?__blob=publicationFile), S. 13.
45. AfD-Bundestagsfraktion: Entwurf eines Gesetzes zum Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft bei Eintritt in eine terroristische Organisation; Bundestagsdrucksache 19/11127. Siehe hierzu die Rede Dr. Wirth zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes unter <https://www.youtube.com/watch?v=RLijFaSGmUk>.
46. Antrag AfD BT-Fraktion: Das Verhältnis zwischen der EU und Israel verbessern, 19/16855, Rede Beatrix von Storch, [https://www.youtube.com/watch?v=mkQ2YxTp5\\_g](https://www.youtube.com/watch?v=mkQ2YxTp5_g)
47. Quelle BMF, [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\\_Finzen/Fluechtlingshilfe/2019-08-07-fluechtlingsbezogene-belastungen-bundshaushalt.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Fluechtlingshilfe/2019-08-07-fluechtlingsbezogene-belastungen-bundshaushalt.html).
48. Antrag der AfD-Bundestagsfraktion: Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend offenlegen; Bundestagsdrucksache 19/16488; siehe hierzu die Rede Dr. Curio zu den Kosten der Migration: <https://www.youtube.com/watch?v=DvxMo7A83wE>.
49. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article/123609513/Dieser-linke-Aktivismus-ist-kriminell.html>.
50. Siehe <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/die-fluechtlingskosten-sind-ein-deutsches-tabuthema-ld.1316333>.
51. 2019: rund 79 Prozent aller Arbeitslosen in Deutschland wiesen einen Migrationshintergrund auf; siehe [https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche\\_Formular.html?topic\\_f=migrationshintergrund-migh-bb](https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?topic_f=migrationshintergrund-migh-bb)
52. [https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statistischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Migration/Generische-Publikationen/Auswirkungen-der-Migration-auf-den-Arbeitsmarkt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7.pdf](https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statistischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Migration/Generische-Publikationen/Auswirkungen-der-Migration-auf-den-Arbeitsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=7.pdf), S. 14
53. Siehe <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61649/migrationshintergrund-ii>.
54. A. a. O.
55. Die Rede von Dr. Curio zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz: <https://www.youtube.com/watch?v=H6Qr1f2EQU>.
56. Befremden löst in diesem Zusammenhang die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion zur relativ niedrigen Anerkennungsquote bei Asylbewerbern christlichen Glaubens aus. Siehe Bundestagsdrucksache 19/17172.
57. Antrag AfD-Bundestagsfraktion: Einsetzung einer Enquete-Kommission „Direkte Demokratie auf Bundesebene“, Bundestagsdrucksache 19/1699; siehe <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901699.pdf> ebenso die Rede von Jochen Haug zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Direkte Demokratie auf Bundesebene“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=lzr11Z7rHhY>.
58. Vergl. <https://www.bpb.de/165178/aufgaben-und-funktionen>.
59. Rede von Dr. Curio zum Globalen Pakt für Flüchtlinge der Vereinten Nationen, 20.12.2019: <https://www.youtube.com/watch?v=mw-35k8Fu6w>.
60. Aktuelle Stunde am 27.06.2020, Rede von Dr. Curio: Für den Schutz unserer Demokratie; siehe <https://www.bundestag.de/dokumente/text-archiv/2019/kw26-de-aktuelle-stunde-demokratie-649374>.
61. Abraham Lincoln: „Government of the people, by the people, for the people“; Rede am 19. November 1863, Gettysburg. [https://www.youtube.com/watch?v=3D\\_Q2hMs88I](https://www.youtube.com/watch?v=3D_Q2hMs88I).
62. AfD-Bundestagsfraktion: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland – Direkte Demokratie, Einführungsgesetz; Bundestagsdrucksache 19/12371; siehe <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/123/1912371.pdf>.
63. Karsten Koschmieder: Parteien, Parteiensysteme und Politische Orientierungen, 2017, S. 164.
64. Siehe <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/201975/aemterpatronage>.



## Folgen Sie uns

 [AfDBundestag.de](https://www.AfDBundestag.de)

 [fb.com/AfDimBundestag](https://fb.com/AfDimBundestag)

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/  
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:  
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:  
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Arbeitskreis Innenpolitik  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 57141  
Telefax: 030 227 56349  
E-Mail: [buerger@afdbundestag.de](mailto:buerger@afdbundestag.de)

Herstellung und Redaktion:  
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Smartphone – Adobe Stock / © inueng

Stand: November 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.